

Video-Podcast der Bundeskanzlerin #34/2017

14. Oktober 2017

Die Fragen stellte **Anna Hörter**, Studentin der Politikwissenschaft aus Bonn, derzeit Praktikantin im Bundespresseamt.

Anna Hörter:

Frau Bundeskanzlerin, der Europäische Rat tritt nächste Woche zusammen. Was erwarten Sie sich von dem Treffen?

Bundeskanzlerin Merkel:

Ja, es ist der sogenannte Oktober-Rat, der zwei Dinge ganz wesentlich beinhalten wird: Auf der einen Seite die Auswertung des Gipfels in Tallinn. Wir hatten uns mit der Frage der Digitalisierung beschäftigt und daraus erwächst ein Arbeitsprogramm. Die Kommission hat eine Vielzahl von Richtlinien vorgelegt – bei manchen ist der Fortschritt bei der Bearbeitung in den Räten, in den Fachministerräten, sehr langsam – und wir wollen uns die Dinge anschauen und einfach auch noch mal deutlich machen, wo wir politische Schwerpunkte setzen. Zweitens wird es auch um die Agenda der Zukunft gehen. Es gab wegweisende Reden sowohl vom Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker als auch von Emmanuel Macron, dem französischen Präsidenten. Und wir werden von Donald Tusk, unserem Ratspräsidenten, einen Vorschlag hören, wie wir unsere Arbeitsmethode verbessern können, um schneller Ergebnisse vorlegen zu können – in vielen Bereichen: in der Migrationspolitik, in der Digitalpolitik, in der Verteidigungspolitik und dann in späterer Zeit auch bei der Reform der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Eurogebiet. Und wir werden uns mit der Frage des Brexit beschäftigen, hier zu 27. Und dabei überlegen, welche Fortschritte es gibt, wie es jetzt weitergehen wird. Das wird uns am Freitag beschäftigen.

Einige Staaten ziehen sich ja gerade ins Nationale zurück. Wie wirkt sich das auf die Zusammenarbeit im Europäischen Rat aus? Werden nationale Interessen jetzt vehementer vertreten?

Ja, es gibt immer kritische Dinge: Zum Beispiel die Reform der europäischen Asyl- und Migrationspolitik ist natürlich ein solcher kritischer Punkt, bei dem es auch sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Und es gibt sehr unterschiedliche Vorstellungen über die Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit. Wir arbeiten jetzt seit gut einem Jahr an der Verteidigungszusammenarbeit. Und das ist zum Beispiel die klassische Zusammenarbeit, bei der nicht alle mitmachen, sondern bislang ungefähr 20 Mitgliedstaaten. Aber ich finde schon, wenn es wichtige Themen gibt, dann soll es immer offen für alle sein. Aber nicht alle müssen mitmachen. Das haben wir jetzt auch gerade bei der Europäischen Staatsanwaltschaft gesehen, auch da machen nicht alle mit. Aber wir kommen trotzdem voran.

Auch über das Verhältnis zur Türkei soll ja debattiert werden. Werden Sie sich dafür einsetzen, die Beitrittsgespräche mit der Türkei abubrechen?

Ich habe dafür Sorge getragen – und Deutschland hat das auch untermauert –, dass wir über das Thema Türkei reden wollen, weil wir sehr viele Fälle von Menschen haben, die nach unserer Ansicht zu Unrecht inhaftiert wurden, und weil wir die politischen Entwicklungen mit großer Sorge verfolgen. Wir haben deshalb auch die Kommission um einen Bericht gebeten zur Situation, wie sie sie einschätzt. Wir werden hier sicherlich noch keine Entscheidungen treffen, aber ich möchte mir einmal die Meinungen – auch meiner Kollegen – anhören, wie sie die bilateralen Beziehungen mit der Türkei sehen und welche Schlussfolgerungen wir gegebenenfalls daraus ziehen können. Mit konkreten Beschlüssen rechne ich nicht, sondern mit einer sehr offenen Debatte.

Durch die Dublin-Verordnung tragen die Mittelmeerstaaten besonders schwer an den Herausforderungen der Flüchtlingswelle. Was wären für Sie gerechte Reformen für ein gemeinsames Europäisches Asylsystem?

Wir haben hier eine Situation, dass wir alle profitieren vom Raum der Freizügigkeit. Aber manche, die am Rande – sozusagen – an den Außengrenzen der Europäischen Union liegen, gerade die, die auch maritime Grenzen haben, tragen einen hohen Anteil der Last. Und deshalb setze ich mich für eine faire Lastenteilung ein. Auch für mehr europäische Maßnahmen, zum Beispiel die Stärkung von Frontex. Hier müssen wir auch darüber reden: Können wir mehr Personal, mehr Geld einsetzen? Das ist eine Aufgabe, die ich sehe. Und deshalb ist das Thema Verteilung von Flüchtlingen aus den Herkunftsländern, die dann über Italien oder über Griechenland oder Spanien kommen, eines, das wir leider noch nicht gelöst haben. Und deshalb werden wir an diesem dicken Brett weiter bohren. Und das wird auch ein Thema sein, das wir zumindest besprechen. Mit abschließenden Lösungen kann man nicht rechnen. Das wird dann sowieso im Innenministerrat beschlossen werden. Aber, es ist ein drängendes Thema und eines, was mich überhaupt nicht zufriedenstellt.